Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8–3 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–½1 Uhr Mitt. In Neustadt: Gr. Klostergs. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 50 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" (ungetrennt) 40 Pfg. Grundzeile für Anlage oder nach Festtagen 20 Pfg. für Familiennachrichten 2c., bei 20 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang. Dresden, 1897.

Ross' Kraftbier, Pepton-Präparat, ärztl. warm empfohlenes Nähr- u. Stärkungsmittel für Blutarme, Magen- u. Lungenleidende, Reconvalescenten, scroph. Kinder etc. 70 Pf. per Fl., bei 10 Fl. 65 Pf. per Fl. **George Baumann,** Pragerstrasse 40.

(D. R.-P.) **Thüre zu!** Vollkommenster, selbstthätiger geräuschloser **Thürschliesser.** 80,000 St. im Gebrauch. Prospecte gratis u. franco. **Curt Heinsius,** Königl. Sächs. Hoflieferant, Dresden-N., Karlsstenstr., Ecke Tieckstr. (Fernsprechamt II, Nr. 2906.)

Julius Beutler, Dresden, Wallstrasse 15 empfiehlt in grösster Auswahl: **Eiserne Oefen u. Herde, Haus-, Küchen- und Landwirthschafts-Geräthe.**

Billigst! **Lager-Cartons** Neuanfertigung u. Reparaturen **Fr. Birkenbusch Nachf.** DRESDEN, Reitbahnstr. 23. Prompt!

Edeltannenduft, höchst angenehmes, ozonisirendes Zimmerparfüm, Fl. 1 Mk. **Franzbranntwein,** echt, mit und ohne Salz, Flasche 75 Pf. bis Mk. 1.50. Prompter Versandt nach auswärts. **K. Hofapotheke, Dresden, Georgenthor.**

Regenschirme in grösster Auswahl. **Schirmfabrik C. A. Petschke,** Wilsdrufferstr. 17. Annenstr. 9 (Stadthaus).

Nr. 29. Spiegel: Deutschthum in Oesterreich. Mühlfer Banfiy. Hofnachrichten. Verkehrsstörungen. Kaisergeburtstagsfeiern. Evang. Arbeiterverein. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Nietzsche's Philosophie.

Wahrscheinliche Witterung: Einzelne Niederschläge, milder.

Freitag, 29. Jan.

Für die Monate Februar und März

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei der Geschäftsstelle, Marienstraße 38, zu **1 Mark 70 Pfennigen,** für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 1 Mark 84 Pfennigen, in Oesterreich-Ungarn bei den K. K. Postämtern zu 1 Gulden 69 Kreuzern angenommen.

Die „Dresdner Nachrichten" bringen außer der „Humoristischen Beilage" Sonnabends fernerhin wöchentlich **zwei Mal (Sonntags und Mittwochs)**

Belletristische Beilagen mit fortlaufenden Romanen.

Politisches.

Von der innerpolitischen Entwickelung in Oesterreich-Ungarn war in der letzten Zeit nicht viel zu sagen. Das ist eigentlich ein gutes Zeichen; denn es gemahnt an das alte Sprichwort: „Reden ist Silber, Schweigen ist Gold", an das auch die goldene Glocke erinnert, mit der Freiherr v. Chlumecky, der verstorbene Präsident des aufgelösten Abgeordnetenhauses, in dem Meere der politischen Vergessenheit ehrenvoll versunken ist. Zwei Dinge aber, die neuerdings passirt sind, fordern zur Betrachtung auf, weil sie ihrem Charakter nach nicht vorübergehende Episoden sind, sondern ruhende Pole in der Erscheinungen Flucht, um die sich die innere Entwickelung geraume Zeit drehen wird und von denen unter Umständen eine kritische Wendung hüben und drüben, in Wien und in Budapest, ihren Ausgang nehmen kann. Es handelt sich um die grundsätzliche Meinungsäußerung der österreichischen Regierung im böhmischen Landtage über ihre Stellung zu der deutsch-czechischen Nationalitätenfrage und um eine moralische Guillotinirung des Herrn Banffy, die in Budapest vor versammeltem Kriegsvolke unternommen worden ist.

Im böhmischen Landtage sollte dieses Mal nach den Hoffnungen der Deutschen den Hauptgegenstand der gesetzgeberischen Arbeiten eine längst verheißene Vorlage bilden, die den Zweck verfolgt, den Deutschen endlich eine ihrer nationalen Bedeutung entsprechende Stellung im Landtage zu verschaffen und einen Zustand zu beseitigen, der ihre Vertretung in den Kommissionen von der Willkür der czechischen Mehrheit abhängig macht. Die gedachte Forderung der Deutschen Böhmens entspricht so sehr der nationalen Billigkeit, daß das Verhalten der Regierung zu ihr einen zuverlässigen Maßstab für den guten oder schlechten Willen bildet, der in Wien dem deutschen Element gegenüber die Herrschaft übt. Bisher hat Graf Badeni sich einer klaren Stellungnahme zu entschlagen gewußt mit Hilfe einer ihm sehr geläufigen Pendelpolitik, die Nein sagt, wenn das Pendel zu den Czechen hinüberschwingt, und Ja, wenn es wieder auf der deutschen Seite angelangt ist. Auch die Worte, die der Ministerpräsident jetzt im böhmischen Landtage durch den Mund seines Statthalters gesprochen hat, wiederholen lediglich das alte Lied, dessen eintöniger Refrain lautet: „Es wird halt wieder nichts!" Graf Badeni hat sich für seine Hinhaltungspolitik einen ganz besonderen Stil zurecht gemacht, der so zugeschnitten ist, daß der politische Hörer oder Leser zunächst mit jedem weiteren Satze in der Annahme bestärkt wird, es werde ihm die Erfüllung seiner speziellen Herzenswünsche ausdrücklich und unmittelbar zugesagt. Eigentlich ist das auch wirklich der Fall; denn Graf Badeni würde gern Alles glücklich machen, was da kreucht und fleugt. Da das aber nun einmal nicht angeht, so kommt regelmäßig am Schlusse einer solchen Erklärung ein Nachsatz, der besagt: „Es bleibt Alles beim Alten." Nach demselben Rezept war auch die Rede des Statthalters im böhmischen Landtage zugeschnitten. Recht wurde darin den Deutschen in Hülle und Fülle gegeben, ja sogar die Vorlegung eines ihren Wünschen entsprechenden Gesetzentwurfs verheißen, aber — zuletzt hieß es, der „sofortigen" Sanktion des Gesetzes ständen „prinzipielle und technische Schwierigkeiten" entgegen. Das heißt in rundem Deutsch: die Deutschen Böhmens können auf die Erfüllung ihres Verlangens warten, bis sie entweder schwarz oder czechisch geworden sind. Daß die Czechen die durch die Erklärung des Statthalters geschaffene Lage richtig zu würdigen wissen, beweist ein triumphirender Artikel des leitenden jungczechischen Organs, das den Ausritt der verhaßten Deutschen aus dem böhmischen Landtage schon als vollzogene Thatsache behandelt. Soviel ist jedenfalls sicher, daß die Deutschen Böhmens auf's Neue in eine Kampfesstellung gedrängt worden sind, die ihnen keine Wahl mehr übrig läßt, und die es begreiflich und berechtigt erscheinen läßt, wenn ein führendes Wiener Blatt die bange Frage aufwirft, nicht wie lange Graf Badeni, sondern wie lange Oesterreich eine Staatskunst aushalten werde, von der der Ministerpräsident in Prag eine Probe geliefert hat.

Wie sehr aber auch die Deutschen Oesterreichs über die von dem Grafen Badeni gegen sie geführte Politik verstimmt sein mögen, das Eine werden sie ihm doch nicht bestreiten wollen, daß er persönlich ein Gentleman vom Scheitel bis zur Sohle ist und den Gebrauch unlauterer Mittel zu politischen Zwecken jederzeit weit von sich abweisen würde. Anders der ungarische Ministerpräsident, Herr Baron Banffy, über den im Pester Abgeordnetenhause ein Gericht gehalten worden ist, wie es in gleich vernichtender Art wohl kaum in den parlamentarischen Annalen verzeichnet steht. Schon seit längerer Zeit hatten die oppositionellen Abgeordneten die Wahrnehmung gemacht, daß die Regierung über den Inhalt ihrer Korrespondenzen sich als augenscheinlich unterrichtet erwies. In einer der letzten Sitzungen des Hauses gedachte Herr Banffy einen besonders erfolgreichen Schachzug zu thun und brachte deshalb den Brief eines oppositionellen Abgeordneten wörtlich zur Verlesung. Das war sein Verderben; denn nunmehr erging von Seiten der Opposition die Anfrage an ihn, wie er denn eigentlich in den Besitz des doch nicht an ihn gerichteten Schreibens gelangt sei. Herr Banffy witterte noch nichts von dem Unwetter, das sich über seinem Haupte zusammenzog, sondern antwortete mit einer ehrlich sein sollenden „Offenheit", daß er ganze Stöße solcher Briefe besitze, die ihm auf anonymem Wege zugestellt worden seien. Sofort erhob sich der Sprecher der Opposition und wies mit unwiderleglichen Gründen nach, daß in dem vorliegenden Falle eine anonyme Zusendung ausgeschlossen sei, und im Anschluß an diese Feststellung flossen Worte von den Lippen des Redners, die aus der empörten Tiefe eines aufrichtig entrüsteten Herzens quollen und wie scharfe Dolchstiche auf Herrn Banffy eindrangen. Zum Schlusse erklärte der Redner, der Ministerpräsident habe unter solchen Umständen nur die Wahl, ob er als Mitschuldiger eines Diebes oder als amtlicher Verletzer des Briefgeheimnisses gelten wolle. Die ruhige Würde, mit der der Ankläger Herrn Banffy's dessen Handlungsweise zerpflückte, entwaffnete den Ministerpräsidenten vollends und entlockte seiner bebenden Zunge das denkwürdige Eingeständniß, daß die Briefe in der That sammt und sonders auf inkorrektem Wege in seinen Besitz gelangt seien.

Man denke, was das heißen will! In einem Staate, der sich rühmt, das letzte Bollwerk des „Liberalismus" zu sein, existirt ein schwarzes Kabinet nach dem Muster der berüchtigten Institution Ludwig's XIV., das sonder Scheu das Briefgeheimniß zu politischen Zwecken mißbraucht und so das öffentliche Vertrauen in seinen Grundvesten erschüttert. In der That, das ist ein würdiges Seitenstück zu den gewaltthätigen Vorkommnissen, mit denen den letzten Wahlen ein höherer Glanz zu Ehren des magyarischen „Liberalismus" verliehen wurde. Die wenigen einsichtsvollen und ehrlichen Liberalen, die Ungarn noch aufzuweisen hat, stimmen denn auch rückhaltlos in die scharfe Verurtheilung ein, die das Verfahren Herrn Banffy's von Seiten der gesammten Opposition findet. Da überdies der betroffene Abgeordnete, der den unterschlagenen Brief geschrieben hat, sicherem Vernehmen nach die strafrechtliche Anzeige gegen Herrn Banffy erstatten wird, so dürfte der Fall wohl noch ein weiter reichendes Nachspiel für den Ministerpräsidenten haben, der mit solcher echt magyarischen oder wohl besser jüdischen Skrupellosigkeit mit einer Institution des höchsten öffentlichen Vertrauens umspringt, deren unbedingter Schutz einer der obersten Grundsätze des modernen Verfassungsstaats ist. Es wird interessant sein, aus dem weiteren Verlaufe der Angelegenheit zu entnehmen, ob der vielbemühte ungarische Liberalismus noch soviel wirkliche Lebenskraft besitzt, um den rächenden Dreizack für eine so ungeheuerliche Verletzung seiner grundlegenden Prinzipien auch gegen die höchste Stelle des magyarischen Staatswesens zu schleudern, oder ob die allgemeine Verunzpfung bereits soweit gediehen ist, daß jede Vergewaltigung der Verfassung, jede Beugung des Rechts, jede Mißachtung der Gesetze ungestraft von Denen begangen werden darf, die ihr oberstes Hüteramt zu persönlichen Machtzwecken mißbrauchen und den Freibrief dazu zu erlangen glauben, indem sie sich von ihren eigenen Genossen eine Bescheinigung über ihren angeblichen „Liberalismus" ausstellen lassen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 28. Januar.

* Paris. Die Kammer nahm mit 295 gegen 195 Stimmen den Paragraph 1 des Zuckersteuergesetzes, welcher die Einführung von Exportprämien festsetzt, an.

Berlin. Reichstag. Auf der Tagesordnung steht der Post- und Telegraphen-Verwaltungsetat. Die Kommission beantragt einige Aenderungen bei dem Extraordinarium, sowie eine Resolution, betreffend die Beschränkung der Packetannahme und -Bestellung an Sonn- und Feiertagen auf Eilsendungen; außerdem beantragt sie, verschiedene Petitionen, betreffend Erhöhung des Portogewichts für einfache Briefe den Regierungen zur Erwägung, sowie betreffend Ermäßigung der Fernsprechgebühren den Regierungen als Material zu überweisen. — Bei dem Titel Gehalt des Staatssekretärs stellt Abg. Müller-Sagan (freis. Vp.) mit Genugthuung fest, daß der Staatssekretär die Ueberschreitung des 15-Grammgewichts für einfache Briefe wenigstens um ein halbes Gramm zugelassen habe, hoffentlich werde derselbe sich noch mit dem 20-Gramm-Gewicht einverstanden erklären und auch endlich mit der Reform des Postzeitungstarifs vorgehen. Den Telephonverkehr anlangend, so rentirte sich das für Fernsprechlinien angelegte Kapital bis 14 Prozent, was auch wahrscheinlich das Verlangen nach Ermäßigung der Fernsprechgebühren rechtfertige. Für Subventionirungen von Postdampfern und Legungen von Kabeln sei der Staatssekretär rasch bei der Hand, von Reformen im Innern sei bei ihm nicht die Rede. (Beifall links.) — Abg. Hug (Centr.) bemängelt, daß die großen Städte mit Fernsprecheinrichtungen reichlich ausgestattet seien, während die kleinen Ortschaften wer weiß wie lange darauf warten müßten. Auch die Gebühren seien zu hoch. — Staatssekretär v. Stephan: Die Stellung der verbündeten Regierungen gegenüber der Frage der Ermäßigung der Fernsprechgebühren ist unverändert dieselbe. Sie vergessen ganz, daß eine solche Ermäßigung schon dreimal stattgefunden hat, zum ersten Mal 1884. Was wollen Sie denn also eigentlich? Sie sagen freilich, der Verkehr würde zunehmen. Jawohl, er würde gewiß noch mehr zunehmen, wenn die Gebühr ganz fortfiele, wonach Sie wohl auch eigentlich streben. (Unruhe.) Sie bedenken aber nicht, wie mit dem Verkehr die Ausgaben wachsen. Im Auslande, in Amerika, Frankreich, England, sind die Gebühren erheblich höher und keine parlamentarische Versammlung kommt auf den Gedanken, solche Forderungen zu stellen. Wie kommt man hier dazu, immer und immer wieder darauf zurückzukommen. Wir haben die niedrigsten Gebühren der Welt. In Berlin kostet jedes Gespräch durchschnittlich 3⅓ Pfg., in der berühmten Schweiz dagegen 15 Pfg. Herr Singer ruft mir zu, ich hätte nur keinen Muth; ja Herr Singer, und wenn Sie Muth hätten, wie der Löwe von Juda, Sie würden auch nichts erreichen. (Heiterkeit.) — Abg. Gamp (Rp.) hält es für unverantwortlich, bei der jetzigen Finanzlage 10 Millionen zu opfern durch Herabsetzung der Telephongebühren und Heraufsetzung des Gewichts einfacher Briefe auf 20 Gramm. Wir nähten im Golde schwimmen, wenn wir so vorgehen sollten. Mit Interesse haben wir gehört, wie Abg. Müller-Sagan dem Staatssekretär vorgeschlagen habe, den Zeitungstarif so zu erhöhen, daß der Ausfall von 4 Millionen Mark bei der Gewichtserhöhung einfacher Briefe wieder eingebracht werde. Wie denken denn Müller's Fraktionsgenossen über diesen Vorschlag? Redner wünscht sodann, daß das Stempporto für die Behändigung von Postpacketen außer der Dienstzeit auf Medizinalsendungen keine Anwendung finde. — Staatssekretär v. Stephan: Machen wir diese eine Ausnahme, dann würden sich sofort für Verlangen nach weiteren Ausnahmen Tausende von Gründen finden. Auch eine Kontrole für diese eine Ausnahme wäre ganz unmöglich. — Abg. Singer (Soz.): Herr v. Stephan weist Alles ab, was die Einnahmen schmälern könnte; er betrachtet seine Verwaltung nicht als Verkehrs-, sondern als fiskalisches Institut. Dabei hat er ja selbst zugegeben, daß, wenn er die von uns geforderte Verkehrserleichterung gewährt, der Verkehr steigen würde. Wie sollen wir an den von ihm berechneten Ausfall glauben. Eine Herabsetzung der Fernsprechgebühren an den kleineren Orten würde gerade auch den kleinen Leuten, auch den Arbeitern zu Gute kommen. Die Durchführung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe für Unterbeamte sei völlig ungenügend, der Sommerurlaub sei theilweise noch gar nicht durchgeführt, theilweise werde er illusorisch gemacht, indem die um 7 Tage Urlaub einkommenden Unterbeamten genöthigt seien, sich durch bestimmte Kollegen vertreten zu lassen. Den Postbeamten werde das Versammlungsrecht auf Grund eines alten Erlasses aus preußischer Zeit geschmälert. Ein Cirkularerlaß des kaiserlichen Oberpostdirektors in Karlsruhe nöthige zu dem Wunsche, die höchsten Postbeamten möchten doch erst einmal einen Kursus über den Umgang mit Menschen durchmachen, um zu lernen, anständig mit ihren Beamten umzugehen. Redner erwähnt dabei auch den Fall des Herrn v. Auerswald, der einen Fernsprechbeamten „Sie dummes Schwein!" tituliert hatte. Bei Gelegenheit des dieserhalb angestrengten Strafprozesses habe sich nun ergeben, daß jener Herr, sowie alle anderen Herren vom Unionklub, stets als etwas „Hohes" (Heiterkeit) vor anderen Fernsprechtheilnehmern bevorzugt worden seien. Eine solche Bevorzugung Einzelner entspreche der Stellung und Aufgabe der Telephonverwaltung nicht. Unterstaatssekretär Dr. Fischer: Die vom Vorredner bemängelte Beschäftigung von noch schulpflichtigen Knaben in Frankfurt a. M., während anderthalb bis zwei Abendstunden mit Kleben von Nummern auf Packete sei abgestellt worden. Zur Abkürzung der Sonntagsarbeit seien während der letzten Jahrzehnte wiederholt Anordnungen ergangen. Wenn Abg. Singer von dem finanziellen Gewissen des Staatssekretärs spreche, so übersehe derselbe ganz, daß der gegenwärtige Etat nicht weniger als 5000 neue Beamtenstellen enthalte. Bei welcher anderen Verwaltung liege Aehnliches vor. Die Sonntagsruhe der Unterbeamten gehe thatsächlich noch weit über das Maß dessen hinaus, was vor einigen Jahren mit dem Reichstage vereinbart wurde. Die Leistung der Landbriefträger, die bei Uebernahme des Amtes durch Herrn v. Stephan durchschnittlich 39 Kilometer betrug, sei jetzt durchschnittlich auf 21 Kilometer pro Tag zurückgegangen. Der Sommerurlaub sei seit 3 Jahren in weiterem Maße durchgeführt. In Berlin hätten im letzten Jahre 89 Prozent der Beamten Urlaub erhalten und er hoffe, im nächsten Jahre würden wir darin noch weiter kommen. Davon, daß die Verwaltung den Beamten Zaum und Zügel anlege, besonders den Assistenten, sei keine Rede. Freilich betrachtet die Verwaltung ihre Beamten nicht als in ihr in einem modernen Arbeiterverhältniß stehend. (Beifall rechts.) Die von Singer erwähnten Ausdrücke im Circular-Erlaß des Karlsruher Oberpostdirektors wolle er sich nicht aneignen, aber doch bemerken, daß einmal wohl einem die Galle überläuft. Und dazu habe jenem hohen Beamten allerdings der Anlaß vorgelegen, denn es sei ihm in einem anonymen Briefe Servilität und Lochspitzelei vorgeworfen worden. Ueber Herrn v. Auerswald bemerkt Redner, dieser Herr sei ein ungewöhnlich nervöser Herr, an den die Beamten aus diesem Grunde allerdings Rücksicht genommen hätten, aber irgendwelche Bevorzugung finde nicht statt. — Abg. Lingens (Centr.) drückt seine Genugthuung darüber aus, daß das Bedürfniß der Sonntagsruhe für die Beamten, für welche er früher als der Erste so andauernd eingetreten sei, jetzt auch von den verbündeten Regierungen durchaus anerkannt werde. Dank dem Staatssekretär, dessen Verdienste auch überall im Auslande anerkannt würden, stehe Deutschland auf diesem Gebiete mit an der Spitze. Redner bemerkt u. A. noch, daß Gewährsmänner, die er im Frühjahre der Postverwaltung nur auf bestimmte Zusicherung genannt habe, dennoch hinterher disponirt worden seien. Ihm selbst müsse so Etwas natürlich vorsichtiger machen. — Abg. Werner (Antis.): Sommerurlaube würden immer noch zu spärlich ertheilt. Weiter führt Redner Beschwerde über Fälle von verbitternder Behandlung der Unterbeamten durch Postamtsvorsteher und Post-Vertrauensärzte, um sodann Gehaltsaufbesserungen für die Unterbeamten, Reformen bei dem Briefporto und den Fernsprechgebühren, sowie Abschaffung des Reliktionsweges zu fordern. — Unterstaatssekretär Fischer protestirt dagegen, daß Beamte, die sich hier nicht vertheidigen können, barbarischer Härten auf Grund einseitiger Darstellungen beschuldigt würden. — Abg. Hammacher (nat.-lib.) beklagt die ablehnende Haltung des Staatssekretärs auf die Forderung Müller's. Das war der alte Roland nicht, den wir früher kannten, der den Postverein gegründet, der das Zehnpfennigporto eingeführt hat; damals setzte er das einheitliche Gewichtsporto auf 10 Pfg. fest, heute lehnt er die Herabsetzung der Fernsprechgebühren und Anderes ab, weil er meint, der finanzielle Ausfall würde zu groß werden. Wer sagt ihm, daß ein Ausfall entstehen müsse? Daß sogar das Gegentheil eintreten kann, haben die Erfahrungen bei dem Briefporto und im Eisenbahnverkehr bewiesen. — Staatssekretär v. Stephan: Er stehe hier nicht als Generalpostmeister bezw. Staatssekretär, sondern als Vertreter der

Meine Frau sagt: **Triumph-Seife** ist doch die beste für Wäsche und Hausrat